

„Die Wirksamkeit wird seit Jahren geschwächt“

Entwicklungskonzepte für den ländlichen Raum: Professor Manfred Miosga mahnt Umdenken an

Die Landes- und Regionalplanung wird durch umfangreiche Deregulierung und durch die Verlagerung von konfliktreichen Entscheidungen auf die Kommunen in ihrer Wirksamkeit seit Jahren kontinuierlich geschwächt, sagt Professor Dr. Manfred Miosga. Der Professor für Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Bayreuth hat im vergangenen Jahr eine viel beachtete Studie zum Thema „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – nicht nur Aufgabe der Kommunen!“ vorgelegt. Die Arbeit im Auftrag des Bayernforums der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung geht insbesondere auch auf die beispielhaften Probleme mehrerer Kommunen in Niederbayern und der Oberpfalz ein. – Am Donnerstag hatte Heimatminister Markus Söder die Ausweitung des „Raums mit besonderem Handlungsbedarf“ (Kategorie im Landesentwicklungsprogramm) auf weitere ostbayerische Kommunen verkündet (wir berichteten gestern).

Söders Pläne für das Landesentwicklungsprogramm (LEP) sind ja von den betroffenen Bürgermeistern grundsätzlich positiv aufgenommen worden, während Opposition und Kommunalverbände teils heftige Kritik übten.

Manfred Miosga: Leider ist im LEP der schon 2013 kritisierte Weg der inflationären Ausweisung von Mittel- und Oberzentren fortgesetzt worden. Da die Einstufung nicht mit einer staatlich garantierten Mindestausstattung an Einrichtungen der Daseinsvorsorge verbunden ist, wird die Ausweisung von noch mehr zentralen Orten auch nicht wesentlich zur Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen können. Was bleibt, ist die Erleichterung bei der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe. Diese werden in der Regel von großen Ketten betrieben und bringen häufig mit sich, dass damit eigentümergeführte Fachgeschäfte Probleme haben, auf dem Markt zu bleiben. Dies führt zu Konzentrationsprozessen und einer Ausdünnung der Angebotsstrukturen und birgt die Gefahr von Netto-Beschäftigungsverlusten in der Region.

Aber wenn der Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) bei uns in der Region ausgeweitet wird, dann ist das ja mal grundsätzlich ein Weg in die richtige Richtung, zeigt, dass das Problem erkannt ist?

Miosga: Die Ausweitung des Raumes mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) führt dann zu Verwässerungseffekten, wenn nicht die verfügbaren Fördermittel im gleichen Verhältnis erhöht werden. Zudem ist der RmbH-Raum in sich sehr unterschiedlich strukturiert. Innerhalb dieses Raums gibt es Regionen, die mit besonderen Herausforderungen und Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Diese müssten eigentlich gesondert gefördert werden, damit sie wieder besser Anschluss halten können. Eine solche Differenzierung sieht der RmbH aber bisher nicht vor.

Ist denn die Landesentwicklung in Bayern im Sinne des Verfassungsziels, „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern“ zu schaffen, in den vergangenen Jahr(zehnt)en gescheitert?

Miosga: Nein. Die Landesplanung hat durchaus richtige Konzepte und auch Erfolge vorzuweisen. Mit dem Vorrangprinzip sollen Fördermittel und staatliche Investitionen vorrangig in ländliche Räume gelenkt werden, durch die Dezentralisierung der Hochschulen sind wichtige Entwicklungskerne in allen Landesteilen geschaffen worden. Auch hat die Landes- und Regionalplanung über weite Strecken

zum Erhalt der Kulturlandschaft beitragen können. Das Zentrale-Orte-Konzept ist grundsätzlich auch ein passendes Instrument, um den Zugang zu Infrastrukturen möglichst dezentral sicherzustellen. Allerdings muss es glaubwürdig ausgestaltet sein und der Auftrag muss umgesetzt werden, Versorgungsqualitäten auf hohem Niveau zu garantieren und deren Erreichbarkeit zu gewährleisten.

Also rundherum eine Erfolgsgeschichte?

Miosga: Wir haben in den letzten zwei Jahrzehnten eine zähe disparitäre Entwicklung in Bayern unter der vor allen Dingen die nord- und ostbayerischen sowie teilweise auch mittelfränkischen Randlagen besonders zu leiden haben. Diese Entwicklung zeigt, dass offensichtlich die Ziele der Landesplanung nicht ernsthaft genug verfolgt werden und möglicherweise auch neue Instrumente zur Stimulierung der regionalen Entwicklung insbesondere an den Rändern erforderlich sind. Allerdings wird die Landes- und Regionalplanung durch umfangreiche Deregulierung und Liberalisierung, durch Personalabbau und Strukturreformen sowie durch

„Der Staat muss sich wieder mehr um Gerechtigkeit kümmern“

die Verlagerung auch von konfliktreichen Entscheidungen auf die Kommunen in ihrer Wirksamkeit seit Jahren kontinuierlich geschwächt.

Für die Dörfer und Städte im ländlichen Raum geht es laut Ihrer Studie letztlich um die Gewährung von Mindeststandards in der Daseinsvorsorge (Gesundheitsversorgung, Post/Telekommunikation, Infrastruktur, Energieversorgung). Sie kritisieren, dass hier das Feld immer mehr privaten Akteuren überlassen wurde und wird. Also ein Plädoyer für einen sich um alles kümmernden Staat?

Miosga: Ein Plädoyer dafür, dass sich der Staat wieder mehr um Angelegenheiten der Gerechtigkeit in räumlicher Hinsicht kümmert. Seit den Privatisierungen bei Post, Postbank und Telekom, Bahn und im Gesundheitswesen erleben wir tendenziell eine Verschlechterung



Professor Dr. Manfred Miosga lehrt Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Bayreuth. (Foto: Bayernforum/Friedrich-Ebert-Stiftung)

des Versorgungsangebots in ländlichen Räumen. Andere private Dienstleister ziehen nach, wie es im Moment auch bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken oder bei der Nahversorgung zu beobachten ist.

Die Nachfrage regelt das Angebot. Klingt erst einmal nicht so schlimm...

Miosga: Dieser Rückzug aus der Fläche wirkt als Verstärker der strukturellen Nachteile ländlicher und vor allem peripherer ländlicher Räume. Das beschleunigt Abwärtsspiralen, anstatt sie aufzuhalten. Wenn der Verfassungsauftrag, der gleichwertige Lebensverhältnisse zum Staatsziel erhoben hat, ernst

„Eine Ausdünnung der Infrastruktur beschleunigt Abwanderungsprozesse“

genommen wird, muss sich der Staat darum kümmern, dass auch privatisierte Dienstleistungen wieder besser in der Fläche präsent sind.

Die Landkreise Regen und Freyung-Grafenau sehen Sie in Ihrer Studie auch als Beispiel dafür, dass

die Ausdünnung der Infrastruktur die Abwanderung der Jugend und den demografischen Wandel erst ausgelöst hat – „und nicht umgekehrt, wie politische Rechtfertigungsmuster gerne behaupten“ (Zitat). Gerade aus dem Bayerischen Wald sind die Leute aber schon seit Jahrhunderten wegen der Armut weggezogen, zum Arbeiten in der Stadt oder gleich als Auswanderer nach Amerika...

Miosga: Die Aussage, dass ökonomische Wandlungsprozesse den Prozessen des demografischen Wandels, wie dem Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung, der einbrechenden Geburtenrate und der starken Alterung, in der Regel vorausgehen und nicht umgekehrt, kann am Beispiel des Bayerischen Waldes exemplarisch nachvollzogen werden. Der Einbruch im Bereich der Glasindustrie und insgesamt die schwierigen ökonomischen Verhältnisse lösen über lange Zeiträume Abwanderungsprozesse aus. Diese sind selektiv: Es gehen jüngere Erwerbsfähige, Ältere bleiben. Dies verstärkt die Effekte des demografische Wandels. Eine Ausdünnung der Infrastruktur beschleunigt diese Prozesse.

Aber auch Kommunen „in bester Lage“ trifft der demografische Wandel. Hier analysieren Sie in Ihrer Studie die Situation Buch am Erlbach bei Landshut. Dort wächst der Druck auf junge Familien bei bezahlbaren Wohnungen gerade durch die Nähe zum Flughafen Erding und die Landeshauptstadt München. Die Kommune muss gegensteuern...

Miosga: Der demografische Wandel, der vor allem als Alterung und Schrumpfung diskutiert wird, wird in Bayern durch umfangreiche Wanderungsprozesse überlagert. Bayern wächst aufgrund einer anhaltend hohen Zuwanderung aus den restlichen Bundesländern und dem Ausland erheblich – trotz niedriger Geburtenrate. Die Zuwanderung und das Wachstum erfolgen aber mit einem deutlichen Schwerpunkt in der Metropolregion München. Während die Randregionen mit der Schrumpfung der Bevölkerung kämpfen, haben die südbayerischen Kommunen gleichzeitig große Probleme, des Zuwachses Herr zu werden.

Für andere Regionen hört sich das nach einem Luxusproblem an...

Miosga: Die größte Herausforderung ist die Bereitstellung von

preisgünstigem Wohnraum in Zeiten rasant steigender Immobilienpreise und Mietkosten sowie die Anpassung der Infrastruktur insbesondere im öffentlichen Verkehr und bei familienergänzenden Einrichtungen. Kommunen müssen wieder verstärkt versuchen, über innovative Modelle wie beispielsweise die Förderung von Baugemeinschaften oder Wohnungsgenossenschaften gegenzusteuern. Auch eine Wiederbelebung des öffentlichen und öffentlich geförderten Wohnungsbaus oder von Werkwohnungen geht in die richtige Richtung.

Den niederbayerischen und Oberpfälzer Landkreisen an der Grenze zu Tschechien droht mit wenigen Ausnahmen (Cham und Schwandorf) Ihrer Prognose nach neben der geografischen Randlage auch eine „soziale Peripherisierung“, weil die Einnahmen durch die Abwanderung sinken und die Daseinsvorsorge – auch durch den demografischen Wandel – immer aufwendiger wird.

Miosga: Eine soziale Peripherisierung entsteht, wenn aufgrund niedriger Erwerbs- oder Alterseinkommen angemessenes Wohnen, eine Teilnahme am öffentlichen Leben und eine Teilhabe an den Erwerbsleistungen der Gesellschaft (Bildung, Kultur, Gesundheit, Konsum) nicht mehr möglich ist. Dies wird als soziale Ausgrenzung erfahren. Wenn sich dies mit einer räum-

„Tendenzen zur doppelten Benachteiligung der Randregionen“

lichen Peripherisierung im Sinne einer räumlichen Randlage und schlechten Zugängen zu zunehmend ausgedünnten Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, schlechter Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, disfunktionalen Immobilienmärkten, die Immobilien-eigentum als Altersvorsorge entwerten, überlagert, dann entsteht eine doppelte Benachteiligung: Die gesellschaftliche und die räumliche Benachteiligung verstärken sich gegenseitig. In manchen Bereichen der altindustrialisierten Regionen Nord- und Ostbayern sind solche Tendenzen zu finden.

Als Gedankenspiel: Horst Seehofer ernannt Sie in der nächsten Woche überraschend zum neuen Heimatminister mit freier Hand: Welche zwei Sofortmaßnahmen für den ländlichen Raum bringen Sie als Erstes auf den Weg ...

Miosga: Ich würde erstens durch eine Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen und durch Sonderprogramme für die Randregionen dort gegensteuern, wo der Zusammenhalt des Freistaats Bayern am meisten gefährdet ist. Zweitens würde ich ein Ministerium zur Herstellung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse einrichten, das Landesplanung und Regional- und Strukturpolitik zusammenführt und den Auftrag hat, das in der Verfassung verankerte Staatsziel durch eine intensive Koordination der Fachpolitiken umzusetzen.

Interview: Ralf Lipp

■ Vortrag am 2. Juni

Professor Miosga stellt seine Studie zu den „Gleichwertigen Lebensverhältnissen“ in Bayern am Donnerstag, 2. Juni, im Landkreis Regen vor. Ab 17.30 Uhr spricht er im Optikt-Technologiecampus in Teisnach bei einer Diskussionsveranstaltung auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung Regensburg. Info/Anmeldung: Tel. 0941/4671895, E-Mail: regensburg@fes.de.



Schnee und viel Regen: Schmuddelwetter an Pfingsten

Schönach. (ta) Die sonnigen und warmen Tage sind erst einmal gezählt. Ausgerechnet am langen Pfingstwochenende verabschiedet sich der Frühsommer wieder aus Bayern. Vor allem am Sonntag und Montag soll es im Freistaat empfindlich kühl werden, die Schnee-

fallgrenze könne in den bayerischen Alpen sogar bis auf 600 Meter sinken, teilte ein Meteorologe des Deutschen Wetterdienstes (DWD) am Freitag in München mit. Starke Niederschläge gab es bereits in der Nacht: Seit Donnerstagsmorgen wurden etwa in

Fürstentzell (Kreis Passau) 77 Liter Regen pro Quadratmeter registriert. Bis zum Samstag soll es vor allem am Alpenrand weiter kräftig schütten. – Bild: Statt Sonne ziehen über einem Rapsfeld bei Schönach (Kreis Regensburg) dunkle Wolken auf. (Foto: Weigel)